Abend-Ausgabe

77. Jahrgang. Nr. 548 Montag, 21. November 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Hitler versucht die Regierungsbildung

Die zweite Aussprache mit Hindenburg

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 21. Nov. Der Reichspräsident empfing den Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, zu der angekündigten zweiten Aussprache am Montagvormittag gegen ½11 Uhr. Der Empfang dauerte nur 20 Minuten. Im Anschluß daran wurde in der 12. Stunde folgende amtliche Mitteilung herausgegeben:

„Nachdem der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei dem Herrn Reichspräsidenten mit aller Bestimmtheit erklärt hat, daß seine Partei nur in einer von ihm geführten Regierung mitarbeiten könne, hat der Herr Reichspräsident Herrn Hitler als den Führer der stärksten Partei des Reichstages ersucht, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag finden würde. Herr Hitler erklärte, seine Antwort auf dieses Ersuchen dem Herrn Reichspräsidenten heute nachmittag schriftlich zu übermitteln.“

Im Anschluß an diesen zweiten Empfang kam es sowohl vor der Reichskanzlei wie später am Hotel Kaiserhof zu großen nationalsozialistischen Kundgebungen für Hitler. Tausende von Nationalsozialisten umdrängten den Hoteleingang und verlangten in stürmischen Rufen ihren Parteiführer zu sehen, der sich aber nicht zeigte. Die Polizei mußte schließlich mit einem stärkeren Aufgebot eingreifen und die Menge vom Hotelportal abdrängen, worauf die Straßenseite am Hotel abgesperrt wurde. Die Nationalsozialisten blieben aber in der Nähe des Kaiserhofs und auf dem Wilhelmplatz, sangen nationalsozialistische Lieder und brachten Hochrufe auf Hitler aus, den sie stürmisch zu sehen verlangten. Gegen 1 Uhr kam schließlich, als die Ovationen andauerten,

Dr. Goebbels aus dem Hotel und hielt zu der Menge eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß vorläufig noch alles ungeklärt sei und daß Hitler, der jetzt in schweren Verhandlungen stehe, seine Anhänger auffordere, den Wilhelmplatz zu räumen, um Zwischenfälle zu vermeiden.

In politischen Kreisen wird die Lage auf Grund des Ersuchens des Reichspräsidenten an Hitler außerordentlich pessimistisch beurteilt. Man rechnet mit Sicherheit darauf, daß Hitler dem Ersuchen Hindenburgs nicht entsprechen wird und dem Reichspräsidenten brieflich mitteilt, daß er angesichts der Aussichtslosigkeit, eine parlamentarische Programm- und Regierungsbasis zu finden, ablehnen müsse. Was dann geschieht, läßt sich noch nicht übersehen. Es ist aber wohl damit zu rechnen, daß der Reichspräsident an den Führer der zweitgrößten Partei, nämlich des Zentrums, dasselbe Ersuchen richten wird, wie es an Hitler gerichtet wurde. Auch diese Aussichten gelten als nicht erfolgversprechend

Es ist nicht anzunehmen, daß der Reichspräsident eine Stimmenmehrheit von fünf bis acht Abgeordneten im Reichstag als eine arbeitsfähige Mehrheit betrachten wird.

Das Antwortschreiben Hitlers ist um 2 Uhr noch nicht im Reichspräsidentenpalais eingelaufen. Man rechnet aber jede Minute damit.

Das Schreiben wird aber wohl erst dann bekanntgegeben werden, wenn es der Reichspräsident zur Kenntnis genommen hat. Da Hindenburg in den frühen Nachmittagsstunden sich für einige Zeit zur Ruhe zu begeben pflegt, dürfte erst in den späteren Nachmittagsstunden mit der Bekanntgabe zu rechnen sein.

Weiter beschäftigt man sich in politischen Kreisen lebhaft mit der Frage, was geschehen kann, wenn sowohl Hitlers Bemühungen scheitern, als auch ein Versuch des Zentrums, eine parlamentarische Basis herbeizuführen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß entweder der Reichspräsident in diesem Falle Gregor Straßer zum Reichskanzler eines Präsidialkabinetts, unabhängig von Parlament und Parteien, ernennt, oder das Kabinett Papen, sei es mit dem bisherigen Leiter, sei es mit einem neuen Chef, wieder auf den Plan tritt.

Was eine eventuelle Ernennung Straßers angeht, so hängt ja viel davon ab, ob Hitler Straßer die Erlaubnis zur Kanzlerschaft erteilt. Für diesen Fall wäre es wichtig, daß wenigstens der Versuch gemacht wird, die taktische Einheitlichkeit der Harzburger Front wiederherzustellen. Bemühungen in dieser Richtung scheinen im Gange zu sein, wie überhaupt sich das Bestreben mehr und mehr geltend macht, für ein von den Parteien unabhängiges Präsidialkabinett die Harzburger Front wiederherzustellen, weil dann vielleicht der Reichspräsident geneigter wäre, einem auf eine solche Front gestützten Kabinett das persönliche Vertrauen zu schenken, das er den Parteiführern samt und sonders vorenthält. Mit großer Spannung sieht man allüberall den Entwicklungen der nächsten Stunden entgegen.

*

Reichswehrminister von Schleicher hat dementiert, daß er irgendwelche Besprechungen mit Hitler gehabt habe. General von Schleicher läßt in aller Form feststellen, daß er seit Wochen Hitler weder gesehen noch gesprochen hat.

Fernost-Debatte vor dem Völkerbund

Scharfe Erklärung Japans

Genf, 21. Nov. Die seit September unterbrochene 69. Tagung des Völkerbundsrates ist heute vormittag unter dem Vorsitz des irischen Premierministers de Valera wieder aufgenommen worden. Für Deutschland waren Außenminister Freiherr von Neurath, für England Sir John Simon, für Frankreich Paul Boncour und für Italien Aloisi am Ratstisch erschienen. Für Polen ist zum erstenmal der neue Außenminister Beck anwesend. Die Verhandlungen über den Mandschureikonflikt begannen mit einer Darstellung des Ratspräsidenten über die Entstehung und die Bedeutung des Lyttonberichtes.

De Valera erteilte sodann dem japanischen Delegierten das Wort zu einer Stellungnahme zum Lyttonbericht. In etwa einstündigen Ausführungen machte Matsuoka die Gesichtspunkte der japanischen Chinapolitik geltend, die von japanischer Seite wiederholt, zuletzt in den gestern veröffentlichten Bemerkungen, dargelegt worden sind. Besonderes Gewicht legte er diesmal darauf, daß das japanische Vorgehen keineswegs einzigartig in der Geschichte dastehe. Verantwortlich seien China und die unabhängige Regierung Tschangsuehliang. Die Ereignisse seien ihre Tat und nicht die Japans. Japan habe wiederholt eindringlich gewarnt. Es habe weder die Völkerbundssatzung, noch den Neunmächtevertrag, noch den Kelloggpakt verletzt. Matsuoka schloß: „Ich bitte den Rat um etwas Geduld. Wenn die westliche Welt uns nur einen Teil der Nachsicht gewährt, die sie China gegenüber so großmütig bewiesen hat, so wird es dankbar aufgenommen werden.“

Die japanische Regierung habe den mandschurischen Konflikt nicht vor den Völkerbund gebracht:

1. weil das Nationalgefühl Japans eine äußere Einmischung in die Mandschureifrage niemals zugelassen hätte;

2. weil die mit den Völkerbundsverfahren verbundenen Fristen die Stellung der japanischen Staatsangehörigen einschließlich der Koreaner in der Mandschurei aufs schwerste gefährdet hätten;

3. weil die japanische Mentalität sich wesentlich von der westlichen Mentalität unterscheide;

4. weil nach dem Eintreten des Bruches die Ereignisse ihren normalen Verlauf genommen hätten.

In dieser Erklärung sieht man hier eine uneingeschränkte Absage Japans an den Völkerbund und die Betonung gleich zu Beginn der Verhandlungen, daß die japanische Regierung die Oberhoheit und Zuständigkeit des Völkerbundes für die Regelung der mandschurischen Frage nicht anerkennt.

Schweres Autounglück in Italien – Elf Tote

Rom, 21. Nov. Bei Furbara wurde gestern abend ein Lastkraftwagen, auf dem sich 52 junge Faschisten befanden, die von einem Besuch der Ausstellung über die faschistische Revolution aus Tarquinia zurückkehrten, bei einer Bahnüberquerung vom Zuge erfaßt. Elf Personen wurden getötet und alle anderen, davon einige schwer, verletzt.

Das Erdbeben in Westdeutschland

Düsseldorf, 21. November. Zu den bereits gemeldeten Erdstößen in Westdeutschland gehen uns noch folgende Einzelheiten zu: Die Erdstöße in Düsseldorf verliefen von Westen nach Osten und waren von einem dumpfen Rollen begleitet. Im Stadtteil Derendorf traten in verschiedenen Gaststätten Lichtstörungen auf. Die Erschütterungen waren von einer Stärke, wie sie in Düsseldorf in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt worden waren. Auch in Köln wurden in der Nacht zum Montag gegen 0,45 Uhr Erdstöße verspürt. Weitere Meldungen von Erdstößen kommen aus Aachen, Gladbach-Rheydt, Eschweiler und Koblenz. In Koblenz war das Beben so stark, daß Fensterscheiben klirrten, Möbel knackten und sich die Bilder an den Wänden bewegten. Verschiedentlich wurden die Einwohner aus dem Schlaf geweckt. In Eschweiler soll das Beben so heftig gewesen sein, daß zahlreiche Leute auf die Straße liefen. — Die Erdstöße wurden auch im Dortmunder Bezirk verspürt. Besonders im Stadtteil Mengede machten sie sich durch ziemlich starke Schwankungen bemerkbar.

Dr. Koerbers Ausweisung aus Paris

Die Telegraphen-Union verbreitet über die Gründe der von uns bereits gemeldeten Ausweisung des deutschen Journalisten Dr. Koerber aus Frankreich, den der französische Ministerpräsident Herriot mit dem Eisenbahnanschlag bei Nantes in Verbindung zu bringen suchte, folgende Darstellung:

Die französische Regierung hat den ehemaligen Pariser Korrespondenten des „Völkischen Beobachters“ und Mitarbeiter einer Anzahl deutscher nationaler Blätter, Dr. Koerber, aus Frankreich ausgewiesen. Dr. Koerber erhielt eine zweimonatige Frist, um diesem Ausweisungsbefehl Folge zu leisten. Als Begründung für die gegen ihn ergriffene Maßnahme wurde insbesondere geltend gemacht, daß er Frankreich in seinen Artikeln dauernd angegriffen und insbesondere im Jahre 1929 zwei heftige Angriffe gegen die französischen Kolonialmethoden geführt habe, und daß in seiner Villa in St. Cloud im Februar 1931 das Deutschlandlied gesungen worden sei.

Dr. Koerber ist unseren Lesern, wenn auch nicht namentlich, bekannt als Pariser Mitarbeiter der „Dresdner Nachrichten“. Sie können aus der Kenntnis seiner Berichte selbst die wirklichen Gründe beurteilen, die die Leiter der französischen Politik veranlaßt haben, sich dieses unbequemen Beobachters zu entledigen. Denn seine angeblichen Beziehungen zu bretonischen Verschwörern und Attentätern sind natürlich ein an den Haaren herbeigezogener Vorwand, um von dem Einbruch der französischen Regierung in die von allen Kulturstaaten geschützte Freiheit der Betätigung der Auslandsjournalisten abzulenken. Das geht nicht nur aus der von uns bereits veröffentlichten Stellungnahme Dr. Koerbers zu den leichtfertigen Unterstellungen Herriots hervor, in der nachgewiesen wird, daß diese Vorwürfe bereits gerichtlich nachgeprüft und als haltlos fallen gelassen worden sind. Wenn sich nur ein Körnchen Wahrheit darin gefunden hätte, dann hätten die französischen Behörden bei ihrer bekannten Schärfe gegen separatistische Bestrebungen sicher sofort zugegriffen und nicht monatelang gewartet. Die von ihnen angewandte Methode, Verdächtigungen, für die keine Beweise erbracht werden konnten, bei auftauchender Gelegenheit wieder in die aktuelle Politik hereinzuschmuggeln und nun gar die Eisenbahndemonstration gegen Herriot Koerber, den Deutschen und im gleichen Atemzug den Nationalsozialisten in die Schuhe zu schieben, richtet sich durch ihre Unanständigkeit von selbst.

Im Ausweisungsbefehl sind denn auch noch andere Gründe für diese aufsehenerregende Maßnahme angegeben worden. Dr. Koerber soll „Frankreich“ in seinen Artikeln dauernd „angegriffen“ haben. Dazu ist zu sagen, daß er als deutscher Pressevertreter in Paris, wie das seine Pflicht war, die politischen Vorgänge in Frankreich scharf beobachtet und gegen diese auf Deutschlands Vernichtung und dauernde Niederhaltung gerichtete Politik, nicht aber gegen Frankreich selbst Stellung genommen hat, während er über das französische Volk, sein Leben und seine Gebräuche aus sechzehnjähriger Vertrautheit mit den dortigen Verhältnissen sehr anschauliche und freundliche Bilder gezeichnet hat. Wenn Angriffe von Auslandsjournalisten auf die Politik des Landes, in dem sie arbeiten, als Grund für ihre Ausweisung genügen sollen — bisher hat es nur die Tschechoslowakei im Falle Kornhuber zu dieser Auffassung gebracht — dann müßten die meisten französischen Pressevertreter in Berlin längst ausgewiesen sein, die keine Gelegenheit unbenutzt lassen, um die Absichten der deutschen Politik in der französischen Presse anzugreifen und über jede nationale Veranstaltung wahrheitswidrige und verzerrte Berichte in Frankreich zu verbreiten. Die Erwähnung des im Hause von Dr. Koerber gesungenen Deutschlandliedes als Ausweisungsgrund ist schließlich ein für ganz Frankreich beschämendes Zeugnis der Unduldsamkeit und geistigen Enge. Unsere deutschen Behörden würden nicht fertig werden, wenn sie jeden verfolgen wollten, der die Marseillaise singt, ganz abgesehen davon, daß sie es keinem französischen Staatsbürger verdenken, wenn er in seinem Haus seine Nationalhymne erklingen läßt. Außerdem, was würde man in Paris wohl sagen, wenn ein französischer Journalist jetzt, Ende 1932, aus Deutschland ausgewiesen würde unter Bezugnahme auf Vorfälle, die sich in den Jahren 1929 bis 1931 ereignet haben sollen. Diese Begründung würde — mit Recht — als unaufrichtig und als Deckmantel für andere Motive bezeichnet werden, die man nicht nennen will.

Nachdem Herriot den Fall in einer Weise, die eine Beleidigung für ganz Deutschland ist, zu einem politischen gemacht hat, muß die deutsche Regierung eingreifen und alles aufbieten, um Dr. Koerber persönlich und die Bewegungsfreiheit der deutschen journalistischen Arbeit in Paris zu schützen.

*

Die Erklärungen, die Ministerpräsident Herriot am Sonntag im Zusammenhang mit dem Eisenbahnanschlag bei Nantes abgegeben hat und in denen er in gewissem Sinne Deutschland für das Verbrechen verantwortlich macht, werden von der gesamten Pariser Morgenpresse mit um so größerer Genugtuung wiedergegeben, als die Untersuchungen bisher zu keinerlei Ergebnissen kamen. Obgleich diese Erklärungen jedoch in direktem Widerspruch zu den Tatsachen stehen, da man selbst amtlicherseits der

SLUB
Wir führen Wissen.